

25. Jahrgang, Ausgabe 2 September 2019

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwalderstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

Verlässlichkeit

Aus dieser Ausgabe:

Verlässlichkeit	1-2
Packen wir's an	3-4
Wechsel im Bischofsamt	5
Zusammenbruch und Neuaufbau einer kommunalpolitischen Körperschaft - eine Betrachtung nach 30 Jahren	6-7
Ehrenempfang zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Wolfgang Merbach	8-9
Veranstaltungshin- weise der Konrad- Adenauer-Stiftung	9
Otto braucht eine Synagoge	10
Man wird doch wohl noch sagen dürfen...	11
Kinderliteraturtipp	12

Beim Schreiben dieser Zeilen befinden wir uns noch mitten in einem prachtvollen Sommer zwischen dreißig und vierzig Grad mit viel Sonne und wenig Regen, zwischen manchen Gewittern und anhaltender Trockenheit, zwischen Urlaubsfreuden und Klimasorgen. Wenn sie im September gelesen werden, wird sich manches weiterbewegt, die Erde wieder weitergedreht haben, und der Herbst wird zu spüren sein, in den Temperaturen, im Regen in der anlaufenden Arbeits- und Schulzeit. Jahreszeiten sind wichtig, weil sie, scheinbar unverrückbar, unser Leben, unser Wirtschaften, unsere Tätigkeiten einteilen. Der teilweise „ewige“ Frühling in den Tropen lässt bei manchen, die ihn bei Besuchen einmal länger erleben, nach einiger Zeit doch Sehnsucht nach Wechsel, nach Kühlerem, gar nach einem wieder einmal „richtigen“ Winter aufkommen. Und wenn wir ihn erleben, dann suchen wir die Sonne doch wieder ... Es ist schon so, wir leben hier bei uns vom Wechsel, wir leben im Wechsel, und in diesem Wechsel bewohnen wir doch nur einen kleinen Ausschnitt der schönen Welt um uns. Zu trocken, zu nass, zu heiß, zu kalt für uns, das ist schnell festzulegen, im Wasser können wir nicht leben und nicht in dünner Luft, dann müssen wir uns mühevoll und ideenreich dazu Hilfsmittel suchen. Wenn sich Wetter



und Klima ganz natürlich und ebenso menschengemacht verändern, sehen und erleben wir, was ein, zwei Grad schon ausmachen können. Auch hier ist Anpassungsfähigkeit notwendig. Alle diese Gedanken finden sich, wenn man sie abends auf dem Balkon bei einem Glas Wein einmal schweifen lässt ... der Weg ist nicht weit von Paul Gerhards „Geh aus, mein Herz, und suche Freud in dieser lieben Sommerszeit“ bis hin zu Rainer Maria Rilkes „Herr: es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß. Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren, und auf den Fluren lass die Winde los“, es ist nicht weit vom Johannistag, dem Mittag des Jahres mit dem höchsten Leuchten und dem Christfest, wo das Licht in Dunkelheit und Kälte strahlend aufleuchtet, nicht weit von Sommersonnenwende zu Wintersonnenwende. Und doch ist auch dieser Kreislauf nicht ewig. Wenn wir es wissenschaftlich betrachten, so wissen wir Menschen, dass auch das scheinbar Unverrückbare einer steten, natürlichen Veränderung unterliegt. Unsere Erde ist ein lebendiges System der Verschiebung, der Anpassung. Neu ist für uns, dass wir jetzt manche Veränderung spüren, uns ihr stellen müssen. Die Gedanken des Übergangs vom August zum September, vom Sommer zum Herbst, gehen weiter zu dem Zusammenleben von uns Menschen. Politisch, gesell-

Verlässlichkeit

schaftlich, familiär, kaum etwas scheint noch so zu sein, wie es so lange war, Institutionen sind nicht mehr selbstverständlich und werden in Frage gestellt, das politische Spektrum wird links und rechts – taugen diese Kategorien noch? – lauter, ungeduldiger, fordernder, kompromissloser, die Mitte – gibt es die noch, hat sie sich verschoben? – scheint schmaler zu sein, weniger attraktiv, weniger kraftvoll, weniger durchsetzungsfähig. Was gilt noch, was doch scheinbar immer galt? Ist die Welt aus den Fugen, und das anders, als in den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts? Und schließlich wir selbst. Sind wir noch, die wir immer waren? Natürlich, ein Leben verändert uns, wenn es voranschreitet, aber sind wir nicht ob des Vielen, was ich schon angerissen habe, nicht manchmal verunsichert, und dann wieder stur und starr im Denken und Handeln, weil wir etwa festhalten möchten, was vielleicht schon nicht mehr ist, entglitten, gegangen, verändert.

Es wird Zeit für einen Schnitt bei der Betrachtung des Übergangs vom Sommer, der so anders wirkt, zum Herbst, der vielleicht auch anders werden wird als erwartet. Das Schweifen der Gedanken, die schweifenden Gedanken bedürfen einer Bündelung, einer Zielstellung, einer Orientierung. Für uns Christenmenschen macht die Kirche, die wir ja alle gemeinsam sind, manchmal einiges, was auch wie ein unruhiges Hin- und Herwehen im Wind und eine versuchte Kopie des Zeitgeistes wirkt, aber wir können und dürfen tiefer blicken, zu der Botschaft, auf der auch diese Kirche, im Himmel gestiftet und auf Erden geführt, ruht. Wir haben nur diese Alternative: in aller Veränderung unseren Blick auf die Frohe Botschaft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe zu setzen, diese als tragenden Grund unseres jetzigen und unseres zukünftigen Lebens zu verstehen, oder ohne diese Sicherheit, diesen Anker, diese Verlässlichkeit dazustehen, was zu Bindungslosigkeit oder Zynismus führt. Die Frohe Botschaft Jesu Christi der Seligpreisungen, der Bergpredigt, der Annahme des Menschen durch Gott und seine Vollendung in Gott, die Versöhnung des Menschen mit sich selbst und mit Gott, darauf können wir, dürfen wir

und, das wage ich zu sagen, müssen wir bauen. Diese Botschaft begegnet gerade auch den Unzulänglichkeiten unseres Daseins, denn sie ist freundlich und menschenangemessen und hilft immer wieder zu einem neuen Anfang. Das ist das Fundament gegenüber allem Wechsel, die Verlässlichkeit in einer Zeit, in der scheinbar nichts mehr so gilt, wie es galt. Wenn wir hier nicht immer wieder neu Kraft schöpfen und bewusst auftanken, können wir uns in einer

vermeintlichen Gottverlassenheit wiederfinden, wie sie Jean Paul in seiner kurzen Schrift „Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, dass kein Gott sei“ eindrücklich und erschütternd schildert (den Text empfehle ich sehr!). Die gute, hilfreiche, tragende Alternative ist das, was wir beim großen und heute oft leider verkannten Denker Ernst Moritz Arndt lesen, der noch in unserm Gesangbuch steht: „Ich weiß, woran ich glaube, ich weiß, was fest besteht, ... ich weiß, was ewig bleibet, wenn alles wankt und fällt“. Es ist die beschreibende Sicherheit von Cornelius Krummacher, der einige Jahrzehnte später schreibt: „Stern, auf den ich schaue, Fels, auf dem ich steh, Führer, dem ich traue, Stab, an dem ich geh, Brot, von dem ich lebe, Quell, an dem ich ruh, Ziel, das ich erstrebe, alles, Herr, bist du“. So kann der Sommer noch bleiben oder der Herbst schon kommen, tatsächlich wie bild-

lich. Der Wein auf dem Balkon mag dann dem Glühwein in der gemütlichen Stube weichen, weil draußen die Winde wehen. Und wenn wir im Vertrauen auf die Verlässlichkeit Gottes die Heilige Schrift aufschlagen, dann wird in aller Unruhe von Welt, Klima und Politik unser Blick doch bald auf den Römerbrief fallen, in dem uns der große Völkerapostel mitgibt: Denn ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.

Stephen Gerhard Stehli
Mitglied im EAK-Landesvorstand



Stephen Gerhard Stehli

Packen wir's an

Die Sommerpause der Europäischen Parlaments ist vorbei und es lässt sich wohl festhalten: sie kam gerade recht. Das Jahr 2019 galt von Beginn an als Schlüsseljahr für die Europäische Union und in der Tat hätte schon die erste Jahreshälfte ereignisreicher und spannender kaum sein können. Da konnte es nach den vielen kräftezehrenden Entwicklungen und Wendungen nicht schaden, auch einmal für ein paar Wochen Abstand von der EU-Politik zu gewinnen und die Akkus wieder aufzuladen.

Rückblick: Europa hat gewählt und in Sachsen-Anhalt haben wir das wichtigste Ziel erreicht: Die CDU ist erneut als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen. Gemeinsam konnten wir das Europamandat verteidigen, was mich sehr freut und ich bin sehr dankbar für die große Unterstützung, die ich in den Wochen des spannenden aber auch anstrengenden Wahlkampfes erfahren durfte. Künftig ist Sachsen-Anhalt in Sachen Einwohnerzahl das kleinste Land, das noch von einem CDU-Europaabgeordneten vertreten wird. Entsprechend spannend war der Wahlabend. Ich bin deshalb froh, dass das Ergebnis letztlich doch deutlicher ausgefallen ist, als es anfangs schien. Dennoch dürfen wir uns nichts vormachen: Es ist kein Ergebnis, das zum Jubeln einlädt. Wir müssen weiter hart an uns arbeiten, um Europa stetig besser zu machen.

Leider schien der Warnschuss bei den Staats- und Regierungschefs nicht angekommen zu sein. Halten wir zunächst fest: Die Europäische Volkspartei, der auch die CDU/CSU-Gruppe angehört, hat diese Wahl gewonnen. Mit 182 von insgesamt 751 Sitzen stellen wir nach wie vor die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Folglich steht der EVP auch die Präsidentschaft der Europäischen Kommission zu. Letztere hat das alleinige Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren und ist somit als einzige europäische Institution berechtigt, Gesetzesvorschläge zu machen. Nachvollziehbarerweise konnten und wollten wir diese wichtige Schaltstelle in Europa nicht aus der Hand geben und kämpften für unseren Spitzenkandidaten Manfred Weber als einzig logischen Kommissionschef.

Leider wurde die Logik vom Europäischen Rat



schlicht ignoriert und es kam zu einem unsäglichen Posten-Geschacher. Für Weber reichte es bei den Staats- und Regierungschefs nicht zur Mehrheit, insbesondere aufgrund der abwehrenden Haltung von Emmanuel Macron (Frankreich), Pédro Sanchez

(Spanien) und auch Victor Orbán (Ungarn), die maßgeblich für das Scheitern des Spitzenkandidaten-Konzepts verantwortlich sind. Dieses Vorgehen ist enttäuschend. Das Prozedere wirft in Sachen Transparenz alles andere als ein gutes Licht auf die Europäischen Union und nach der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung droht das wiedergewonnene Interesse der

Bürgerinnen und Bürger an Europa schnell wieder zu verpuffen.

Es ist uns nicht gelungen, unseren Spitzenkandidaten durchzubringen, doch es bringt uns auch nicht weiter, ewig auf der Stelle zu treten. Die Nominierung Ursula von der Leyens war für uns alle zwar überraschend aber letztlich richtig: Deutschlands ehemalige Verteidigungsministerin ist in Brüssel aufgewachsen, überzeugte Europäerin und auch durch ihre fachlichen Qualifikationen sicherlich für das Amt der Kommissionschefin geeignet.

Derweil wurde nicht nur um die Kommissionsspitze gerungen. Auch das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments musste neu vergeben sowie die Ausschüsse neu besetzt werden. Dabei freut es mich besonders, künftig als Vizepräsident im Verkehrsausschuss tätig zu sein. Als Bundesland im Herzen Europas ist dieser Ausschuss für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung und Themen wie Logistik und Transport sehr wichtig. Außerdem bleibe ich dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie erhalten und auch dieses Themenfeld spielt in Sachsen-Anhalt eine wichtige Rolle. Unsere Wirtschaft wächst. Das Bruttoinlandsprodukt stieg zwischen 1991 und 2017 von 20,3 Milliarden Euro auf über 59 Milliarden Euro. An die Stelle der Staatsunternehmen sind moderne, wettbewerbsfähige und oftmals international agierende Firmen getreten.

Packen wir's an

Diese Entwicklung gilt es fortzuführen und gleichzeitig die Interessen traditioneller Betriebe nicht aus den Augen zu verlieren.

Seit 2014 vertrete ich Sachsen-Anhalt im Europäischen Parlament. Fünf Jahre lang habe ich mich dafür eingesetzt, den Interessen unserer Heimat in Europa Gehör zu verschaffen und genau das werde ich auch weiterhin tun. Ich verbinde die großen Europäischen Fragen stets mit der Zukunft unserer Kommunen und betrachte Europa, Deutschland, Sachsen-Anhalt und unsere Städte, Landkreise und Gemeinden zusammen und nicht getrennt voneinander. Hierbei ist es hilfreich, auf allen politischen Ebenen vernetzt zu sein und so

freut es mich besonders, dass ich neben meiner Tätigkeit als Europaabgeordneter, als Generalsekretär der CDU Sachsen-Anhalt und als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europa der CDU Deutschland nun auch noch zum Vorsitzenden der Ostdeutschen Gruppe im Europäischen Parlament gewählt wurde. Gemeinsam können und werden wir als ostdeutsche Abgeordnete hier noch einiges bewegen. Es bleibt spannend. Packen wir's an.

Brüssel, den 31.07.2019
Gastbeitrag von Sven Schulze MdEP



Sven Schulze im Sitzungssaal, Bild: EVP

Hinweis auf eine Studienfahrt des EAK-Kreisverbandes Magdeburg nach Quedlinburg

Zurzeit findet in Quedlinburg im Schlossmuseum und in der Stiftkirche eine Sonderausstellung über Heinrich I., auch bekannt unter dem volkstümlichen Beinamen der Vogler, statt.

Die Stadt Quedlinburg und Heinrich I. sind eng miteinander verbunden. Überraschend wurde im Jahr 919 Heinrich zum König gewählt. Er lenkte die Geschicke, des kriselnden Ostfrankenreiches. Es gelang ihm, dieses zu stabilisieren. Sein Sohn, Kaiser Otto, der spätere „Große“ festigte die Dynastie. Somit fanden entscheidende Prozesse der deutschen Reichgründung auf dem Boden des heutigen Landes Sachsen-Anhalt statt.

Die Sonderausstellung zu Heinrich I. will uns diese Geschichte näher bringen.

Der EAK Magdeburg führt am Sonnabend,

dem 28. September 2019 aus diesem Anlass eine Busfahrt nach Quedlinburg durch.

Bei Redaktionsschluss standen noch nicht alle Einzelheiten dieser Fahrt fest. Interessierte sind herzlich eingeladen. Nähere Einzelheiten sind zu erfahren über :

CDU-Kreisverband Magdeburg
Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
Tel.: +49 391 2549812
Fax: +49 391 2549820
E-Mail: cdu@magdeburg.de

<https://www.quedlinburg2019.de/2019/veranstaltungen/termine/Sonderausstellung-in-2-Kapiteln.php>

Wechsel im Bischofsamt

Ein jeder Anfang ist ein Besonderer. Die Grenzen der Landeskirchen sind nur in etwa verständlich, wenn man die Karte der europäischen Neugliederung durch den Wiener Kongress von 1815 vor Augen hat. Diese Landesgrenzen waren bis vor wenigen Jahrzehnten prägend für die Grenzen der Landeskirchen.

Im Jahr 1997 gab es Sondierungsgespräche zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (EKKPS) und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (ELKTh) über eine möglichen Föderation bzw. Fusion beider Kirchen. Auch die Evang. Landeskirche Anhalts sollte in diesen Prozess eingebunden werden, lehnte aber 2002 einen Beitritt endgültig ab. Nach langen Verhandlungen wurde 2008 ein Vereinigungsvertrag zwischen den beiden Landeskirchen unterzeichnet. Am 1. Januar 2009 konnten die Verfassung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) und der Vereinigungsvertrag in Kraft treten, nachdem beide Synoden mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt hatten. Im März 2009 wurde Frau Ilse Junkermann zur Landesbischofin gewählt und am 29. August 2009 in ihr Amt eingeführt.

Der Fusionsprozess war schwierig und drohte auch immer wieder einmal zu scheitern. Es gab Verletzungen auf beiden Seiten. Die Beteiligten waren sich deshalb einig, dass der neue Bischof/die neue Bischöfin nicht in die Händel des Vereinigungsprozesses involviert sein solle, also von außen kommen solle.

Mit Frau Junkermann wurde diese Person gefunden. Sie arbeitete seit 1997 im Oberkirchenrat in Stuttgart, wo sie das Dezernat Ausbildung und Personal geleitet hatte. Damit schien sie geeignet zu sein, das große Projekt der Vereinigung zweier großer, aber recht unterschiedlicher, Landeskirchen seelsorgerlich und organisatorisch erfolgreich führen zu können.

Die Verfassung der EKM sieht für die Amtszeit einer Bischöfin/ eines Bischofs die Zeit von 10 Jahren vor. Diese Zeit lief nun ab. Der Landeskirchenrat hatte darauf verzichtet, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die abgelaufene Amtszeit bis zum Eintritt von Frau Junkermann in den gesetzlichen Ruhestand, der in greifbarer Zeit bevorstand, zu verlängern. Die Gründe für diese Entscheidung sind einem Außenstehenden bis heute spekulativ.

Am 6. Juli 2019 wurde Frau Junkermann in einem festlichen Gottesdienst im Dom St. Mauritius und Katharina zu Magdeburg entpflichtet, das heißt, sie schied als Bischöfin aus dem Amt.

Der Dom war mit Hunderten von Gästen voll besetzt und Ehrengäste aus ganz Deutschland, aus Partnerkirchen aus Europa und aus Tansania waren angereist.

Frau Junkermann predigte über Jesaja 55, 1-5 „Wohlan, alle, die ihr durstig seid, kommt her zum Wasser! Und die ihr kein Geld habt, kommt her, kauft und esst! Kommt her und kauft ohne Geld und umsonst Wein und Milch! ...“

Nun ist so ein alttestamentlicher Text, aus der Zeit des Volkes Israel in babylonischer Gefangenschaft (Sie beginnt 597 v. Chr. mit der Eroberung Jerusalems und des Königreiches Juda durch

den babylonischen König Nebukadnezar II. und dauert bis zur Eroberung Babylons 539 v. Chr. durch den Perserkönig Kyros II.) nicht leicht zu interpretieren. Die Bischöfin las aber aus diesem Text eine große Hoffnung eines versklavten Volkes heraus. In einer schwierigen Lage eröffnet Gottes Wort neue Hoffnung und neue Zusage und - ganz umsonst, ohne jegliche Bezahlung und ohne jeglichen Verdienst

Eine solche Verheißung macht Abschied nehmen und Neuanfang leicht. Dies trifft sogar auf ihre Situation des Abschiednehmens vom Bischofsamt und des Gehens eines neuen Weges zu. Für das Kirchenvolk gilt, dass sein Weg nur gangbar ist, weil es durch das Volk Israel auf diesen Weg mitgenommen wurde. Die enge Verbundenheit mit dem Volk Israel muss deshalb für uns jederzeit konstitutiv sein.

Frau Junkermann wird nach ihrem Ausscheiden aus dem Bischofsamt eine Stelle zur Erforschung der Geschichte der Kirche in der ehemaligen DDR in Leipzig antreten.

Nach dem Gottesdienst gab es einen Empfang im Kreuzgang des Domes. In Grußworten, Darbietungen und einer Abschiedsrede der Bischöfin wurden Erinnerungen verschiedenster Art präsent.

Frau Junkermann hat der Ökumene im Lande und mit Tansania Impulse gegeben und die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche, sowie mit den jüdischen Gemeinden gestärkt.

Sie hat die unterschiedlichen Kulturen der Kirche der KP Sachsens und der Thüringer Landeskirche einander nähergebracht.

Aber nicht alles war gelungen. Sie hat unterschätzt, wie tief die Verletzungen aus der untergegangenen DDR noch nachwirken, die die Täter der DDR-Diktatur den Opfern dieser Diktatur zugefügt hatten. Aus dieser Gesprächserfahrung ist in Thüringen aber eine geschichtswissenschaftliche Arbeit zur Erforschung der Kirchengeschichte in der DDR entstanden. In ihrer bevorstehenden Tätigkeit in Leipzig möchte sich Frau Junkermann dieser DDR-Kirchengeschichte ausführlich widmen. Die Union Evangelischer Kirchen (UEK), die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) werden sich die Sachkosten dieser Forschungsstelle teilen.

Frau Junkermann schloss mit einem Blick auf die weltweite Ökumene und unsere Verantwortung: „Wir sind alle in der Welt an einem Tisch und haben die Aufgabe, dass alle gut leben können.“

Persönlich dankte sie unter anderem Ihrer Mutter, ohne die sie den Weg zum Glauben nie gefunden hätte.

Wenn Sie diesen Artikel lesen ist Friedrich Kramer als neuer Bischof der EKM in sein Amt eingeführt worden. Der EAK wird auch zu ihm einen regelmäßigen Gedankenaustausch anstreben.

Im nächsten EAK-Rundbrief werden wir über seine Einführung und seine ersten Schritte im Amt berichten.

Jürgen Scharf

Zusammenbruch und Neuaufbau einer kommunalpolitischen Körperschaft - eine Betrachtung nach 30 Jahren

Das Ende des sozialistischen Staates DDR

1989 war mal wieder ein Jahr für ein „großes Jubiläum“ – 40 Jahre DDR. Die gewohnten Rituale für solche Ereignisse waren ins Gleis gesetzt. Die Werktätigen sollten ihr Bestes und mehr zum Wohl des Arbeiter- und Bauernstaates geben. Und doch etwas war anders. Die davor liegenden Kommunalwahlen wurden auch - wie gewohnt - gefälscht. Diesmal wurde es aber nur unter Murren ertragen. Kirchliche und bürgerbewegte Gruppen organisierten „Kontrollen“ bei der Stimmauszählung. Der Betrug ließ sich nachweisen.

Wenn diese Ergebnisse auch noch nicht publiziert wurden, standen sie doch im Raum. Die Kirchenleitung hat das in Gesprächen mit dem Rat des Bezirkes angesprochen. Man verfiel mancherorts nicht wieder in den Alltagstrott, sondern versuchte sich zu organisieren. Das „Neue Forum“ gründete sich, später kam die SDP dazu. Die CDU Gerald Göttings ging 1989 noch in den vertrauten Pfaden.

Anfangs reagierte der Staat mit den üblichen Macht- und Repressionsmitteln. Angst wurde aber nicht mehr im gewohnten Maße erzeugt. Die Evangelische Kirche stellte ihre Räume und Möglichkeiten zunehmend mehr zur Verfügung. Die Kirchenleitung moderierte Problemfälle zwischen den Räten und den Friedensgruppen.

Die Morbidität des Systems wurde offenkundig und dennoch war es - mindestens für mich - nicht vorstellbar, dass es zusammenbricht. „Das kann doch nicht mehr lange gut gehen“ war oft zu hören, doch niemand konnte sich den 11. November vorstellen, an dem dieses System ohne Blutvergießen mehr oder weniger geräuschlos zusammenbrach. Zu hören war lediglich die unbändige Freude über das Ende der SED-Herrschaft.

Als Einwohner Wernigerodes drängt sich mir der Vergleich mit Fachwerkgebäuden auf, die, wenn sie nicht erhalten werden, zusammenbrechen. Das simple Fehlen von Handwerkern ließ Wasser durch die desolaten Dächer eindringen. Die kaputte Dachentwässerung ließ die Mauern feucht werden. Die Fassade bröckelte. Der Hausschwamm breitete sich aus. Die Gefache fielen heraus und zuletzt faulten die Balken weg. Die Statik wurde immer schlechter. Das Haus

brach zusammen. 1989 war es für die DDR soweit.

Verantwortlich für die physische Morbidität war die moralische Morbidität, die fehlende Verantwortung für den Erhalt. Häusern, Betrieben, Produktionsmitteln fehlten Eigentümer, die Verantwortung für ihr Eigentum fühlten und wahrnahmen. Per definitionem gehörten die meisten Dinge „dem Volk“ oder dem Staat. Beide sind anonym und nicht haftbar zu machen. Das fehlende private, „kapitalistische“ Eigentum war das Markenzeichen und gleichzeitig das Grundübel für den Sozialismus – ganz im Ge-

genteil zur propagierten Ideologie! Abstraktes Eigentum und Verantwortung sind nicht miteinander vereinbar. Menschlich begreifbar und haftbar ist allein das individuelle Privateigentum. Vergesellschaftung ist Diffusion von Verantwortung, das Gegenteil von Verantwortung. Ohne individuelle Verantwortung führt der Weg in die Verantwortungslosigkeit und letztendlich in Chaos und Zerstörung. Der Untergang der DDR ist der plastische Beweis dafür.

Dem aktuell aus der politischen linken Ecke immer häufiger zu hörenden Ruf nach Vergesellschaftung von Unternehmungen und Enteignung muss entschlossen entgegengetreten werden. Hier spricht eine Generation, die die Folgen von Vergesellschaftung und Verantwortungsdiffusion nicht erlebt haben. Sie ist in ein reiches System hineingewachsen und weiß wenig von den Mühen, Werte zu schaffen. Sie erlebt, dass wer sich laut genug bemerkbar macht, etwas er-

reicht, das der anonyme Staat bezahlt. Nach den Konsequenzen und Kosten wird nicht gefragt. Wehret den Anfängen!

Der Zusammenbruch der DDR mag wenigstens als mahnendes Beispiel noch etwas taugen.

Der Aufbau einer rechtsstaatlichen Kommunalverwaltung

Vor fast dreißig Jahren bekam mein Lebensweg eine bis dahin völlig undenkbare Richtung. Beruflich durchaus erfolgreich und zufrieden - als Fachchemiker für Industrietoxikologie und Leiter der Arbeitshygieneinspektion Wernigerode - war es meine Aufgabe, über die Einhaltung der Regeln für den Ge-



Brockenbahn Wiederinbetriebnahme
Foto HSB_Volker Schadach

Zusammenbruch und Neuaufbau einer kommunalpolitischen Körperschaft - eine Betrachtung nach 30 Jahren

sundheitsschutz bei der Arbeit in den Betrieben des Kreises Wernigerode zu wachen. Heute ist dafür das Gewerbeaufsichtsamt zuständig. Diese Tätigkeit brachte zwangsläufig eine profunde Kenntnis des wirtschaftlich gut strukturierten und leistungsstarken Kreises und der darin verantwortlich handelnden Personen mit sich. Eine meiner später oft mit einem Augenzwinkern gebrauchten Formulierungen war „ich kenne euch doch alle“. Das sollte nicht als Drohung verstanden werden, entsprach aber der Situation und half mir dann nach 1990 als Landrat sachkundig Personalentscheidungen zu treffen.

Im März 1990 kam der CDU-Kreissekretär an einem Donnerstagabend mit der Frage zu mir nach Haus, ob ich für die CDU als Landratskandidat für die kommende Kommunalwahl am 6. Mai 1990 bereitstünde. Die Entscheidung müsse bis 18 Uhr des nächsten Tages fallen, da die Liste dann geschlossen werden würde.

Die Zeit und die politische Situation waren aber nun eine völlig andere. Unbelastete und vertrauenswürdige Menschen wurden gesucht. Mir traute man diese Eigenschaften zu, da ich seit 1984 synodales Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg war. Ich fühlte mich in der Pflicht und sagte am nächsten Tage zu.

Zu dieser Zeit ging man davon aus, dass sich Sachsen-Anhalt das sogenannte englische Kommunalverwaltungsmodell geben würde. Das Partnerland Niedersachsen war ebenso verfasst. Es gab dort den direkt gewählten Landrat als Repräsentant des Kreises und Vorsitzenden des Kreistages. Der Chef der Verwaltung musste als Beamter qualifizierter Verwaltungsjurist sein – eine sehr sinnvolle Konstruktion! Ich hätte meine berufliche Verantwortung für die Arbeitshygieneinspektion und ihre Mitarbeiter weiterhin wahrnehmen können. Das war mir wichtig. Die Menschen, die ich bis dahin führte, blickten verunsichert auf mich wie auf den Kapitän, der sein Schiff durch stürmische Wasser zu führen hatte. Ich hatte versprochen, bei Übernahme eines politischen Amtes Ihnen weiter voranzugehen. Doch wenige Tage nach der Wahl erließ die amtierende Regierung eine Kommunalordnung mit „eingleisiger“ Struktur, das heißt, der Landrat ist Vorsitzender des Kreistages und Chef der Verwaltung.

In Absprache mit der Bezirksregierung behielt Wernigerode dann die falsche, aber genehmigte vereinbarte Konstruktion. Ich war Landrat und ein Bewerber wurde als Oberkreisdirektor nach Ausschreibung an die Spitze der Verwaltung gewählt. Er war Ingenieur und hatte keinerlei Verwaltungserfahrung oder -kenntnisse, war einfach nur ein kluger Kopf und eine anständige und verantwortungsfähige Persönlichkeit. Zu dieser Zeit reichte das und es erwies sich im Laufe der weiteren Entwicklung als richtige und glückliche Entscheidung!

Die Verwaltung musste erneuert, von obrigkeitli-

chem Handeln in den rechtsstaatlichen Rahmen gebracht werden. Die Mitarbeiter, früher „Angehörige des Staatsapparates“ – die Umschreibung für „Beamte“, die es in der DDR nicht geben sollte, mussten ihr Selbstverständnis und ihre Rolle gegenüber den Bürgern neu begreifen. Der Bürger war nicht mehr Bittsteller, sondern er hatte Anspruch auf rechtsgebundene und begründete Verwaltungsentscheidungen.

Die Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen war in der Diktatur nicht vorgesehen. Ein Satzungs- und Regelwerk war durch den Kreistag zu schaffen. Das allein war ein Aufwand, der manche Kreistagssitzung bis 24 Uhr dauern ließ. Hier war ein straffes Abarbeiten der prall gefüllten Tagesordnungen wesentliche Voraussetzung. Ich hatte das in den Synodensitzungen der Ev. Kirche unter der langjährigen Leitung des Synodalpräses Reinhard Höppler gelernt und mutete das nun meinen manchmal stöhnenden Kreistagsmitgliedern zu. Das brachte mir im Regierungspräsidium den Titel „Zuchtmeister unter den Landräten“ ein. Es gibt Schlimmeres!

Traf man bis 1990 auf Erfüllungsgehilfen der SED-Diktatur, wurde nach der ersten freien Wahl der Anspruch deutlich, dass Recht und Gesetz als die Grundlage des Handelns der öffentlichen Verwaltung einzogen. Es war für manchen schwer vorstellbar, dass dieselben Personen, die bis dahin Entscheidungen trafen, dies auch fürderhin tun sollten. Wir hatten aber keine anderen Menschen und zudem trugen die vorhandenen Mitarbeiter ein großes Sach- und Lokalwissen, auf das ich nicht verzichten wollte. Mit meinem Hauptverwaltungsbeamten – zu der Zeit Oberkreisdirektor – entschieden wir, hauptsächlich das übernommene Personal nach gründlicher Prüfung und Überlegung weiter zu verwenden. Die im Landkreis Zittau geübte Praxis des dortigen Landrats Heinz Eggert, das gesamte Personal freizusetzen, hielten wir nicht für sinnvoll. Vor allem auch auf dem Hintergrund der anstehenden Neuordnung der Verwaltung, der Planung der Infrastruktur brauchten wir Kontinuität.

Für bis dahin kreiseigene „nachgeordnete“ Einrichtungen (Kreiskrankenhaus und -Poliklinik, Kraftverkehr, Schlossmuseum u. a.) brachten wir engagierten Personen unser Vertrauen entgegen. Die Entwicklung des Landkreises nahm frühzeitig Fahrt auf. Es gab nur wenige Enttäuschungen.

Die 1990 beschlossene Partnerschaft mit dem Nachbarkreis Goslar war eine große Hilfe beim Verwaltungsumbau und bei der Belegung der Verkehrsinfrastruktur im ehemals grenznahen Raum.

Der heute gute Stand im Ranking der Kreise des Landes hat da seine Wurzeln. Im Landkreis Wernigerode, heute Teil des Landkreises Harz, lebt und arbeitet man gut.

Dr. Uwe Heuck, Landrat a. D., Wernigerode
Schriftführer im EAK-Landesvorstand

Ehrenempfang zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Einem Urgestein des EAK Sachsen-Anhalt konnten wir zum 80. Geburtstag gratulieren. Zu Ehren des Jubilars gab es in der MLU Halle ein Ehrenkolloquium und im Ständehaus Merseburg einen Ehrenempfang.

Wolfgang Merbach wurde am 17. Juli 1939 in Ranis (Thüringen) als Sohn einer Pfarrersfamilie geboren. Er muss ein aufgewecktes Kerlchen gewesen sein und doch hätten ihm in der Stalinzeit die Oberen eine weitergehende Schulbildung verweigert, wenn nicht in Folge des 17. Juni 1953 eine teilweise Lockerung der Zustände eingetreten wäre.

Er erwarb 1955 die Mittle-reife, bestand 1957 in Triptis (Thüringen) das Abitur und absolvierte anschließend ein landwirtschaftliches Praktikum im Volkseigenen Gut (VEG) Apolda. 1958 begann er ein Studium der Landwirtschaft an der Universität Jena, das er 1964 mit der Prüfung zum Diplomlandwirt abschloss. Da er zur Promotion zunächst nicht zugelassen wurde, arbeitete er über ein Jahr lang als Betriebsassistent und Produktionsorganisator in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Krausnick (Brandenburg). Wissenschaftlicher Tatendrang und wohl mangelnde gesellschaftliche Anpasstheit passten nur schwer zueinander, so dass ich meine, das er konsequent und auch erfolgreich wissenschaftliche Seitenwege suchte und diese auch fand. Der Eintritt in die reguläre Laufbahn eines Hochschullehrers wurde Merbach verwehrt. Deshalb übernahm er 1986 die Leitung des Isotopenlabors im Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit bei der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) in Müncheberg (Brandenburg). Nach der politischen Wende in der DDR erfolgte 1990 die Berufung zum Professor der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Im gleichen Jahr übernahm er die geschäftsführende Leitung des Fachbereichs "Bodenbiotechnologie und Ökophysiologie" im Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit in Müncheberg.

In der Wendezeit 1989/90 engagierte sich Merbach bei den Diskussionen, die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft zu erneuern. Er war Kovorsitzender der Arbeitsgruppe "Ökologischer Umbau" und stimmberechtigtes Mitglied des Zentralen Runden Tisches der DDR in Berlin. Nach 1991 hat er als Vertreter der neuen Bundesländer bei der Evaluierung der Agrarwissenschaften durch den Wissenschaftsrat mitgewirkt. Von 2001 bis 2005 war er Vorsitzender des Beirates der Landesanstalt für Landwirtschaft und

Gartenbau Sachsen-Anhalt und von 2003 bis 2005 Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Seit 2005 ist er Vorsitzender der Stiftung Agrarwissenschaftliches Zentrum "Julius Kühn" und seit 2006 Vorsitzender der Fördergesellschaft für Agrarwissenschaften.

Mit seinem Wechsel nach Sachsen-Anhalt kam auch die Zeit, dass wir uns begegneten, zunächst über meine Mitgliedschaft im Landtag.



Der Bundesgeschäftsführer der Seniorenunion Jan Peter Luther zeichnet Prof. Merbach mit der Konrad-Adenauer-Medaille aus.

Die Neuordnung der Wissenschaftslandschaft war noch längst nicht abgeschlossen. Die Zukunft der Agrarwissenschaften in Halle durchaus nicht gesichert.

1998 folgte Merbach dem Ruf der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und übernahm an der Landwirtschaftlichen Fakultät den Lehrstuhl für "Physiologie und Ernährung der Pflanzen". Während seiner Amtszeit als Universitätsprofessor wählten ihn die Mitglieder dieser Fakultät zum Prodekan (1998–2000) und zum Dekan (2000–2003). In der Hochzeit der Auseinandersetzungen sicherte er das Profil der landwirtschaftlichen For-

schung an der MLU und tut dies bis heute. Er ist auch weiterhin mit großem Engagement wissenschaftlich tätig. (mehr als 450 wissenschaftliche Publikationen und Bücher)

Das prägendste Feld unserer Zusammenarbeit ist aber eher das politische. War Prof. Merbach offensichtlich seit seiner Schulzeit ein politisch denkender und handelnder Mensch, so konnte er sich auf diesem Gebiet erst seit 1990 tatkräftig entfalten.

Der Aufbau der Wissenschaftslandschaft und Hochschullandschaft ist das eine Feld, das andere möchte ich als „wissenschaftlich fundierte Bewahrung der Schöpfung“ bezeichnen.

Triebfeder seines Handelns war die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

In Halle und Bad Lauchstädt laufen die ältesten Dauerversuche in Deutschland, in Halle seit 140 Jahren der „Ewige Roggenanbau“ und in Bad Lauchstädt die 58jährige Mais- Monokultur.

So manche Frage des ideologischen Streites zwischen konventioneller Landwirtschaft und ökologischem Landbau könnte durch Betrachtung von langjährigen Versuchsreihen entschärft werden.

Nach Merbach sollte jede Erkenntnisforschung der Praxistauglichkeit unterworfen werden. Die Wissenschaft sollte den Draht in die Politik haben und umgekehrt. Und hierüber war und ist es auch ganz natürlich, dass er nach der Wende den Weg zum Evangelischen Arbeitskreis in der CDU, dem EAK, fand.

Ehrenempfang zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Im EAK ist er seit 1991 tätig, zunächst in Brandenburg, dann in LSA. Diesen leitete er einige Jahre in Brandenburg und ist seit Oktober 1999, also seit fast 20 Jahren, stellv. Vorsitzender in LSA und seit 2005 Mitglied im EAK-Bundesvorstand, wieder gewählt vor wenigen Wochen auf der 52. Bundestagung in Dortmund

Oft wird an einem höheren Geburtstag der 90. Psalm

zitiert, dies soll auch hier geschehen: Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre; und wenn's köstlich gewesen ist, so ist's Mühe und Arbeit gewesen; denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon.

Jürgen Scharf unter teilweiser Verwendung von https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Merbach

Veranstaltungshinweise der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die konkreten Programme werden im Vorfeld der Veranstaltungen jeweils auf der Internetseite des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht (www.kas.de/sachsen-anhalt); Anmeldungen sind über Frau Gutsche oder Frau Drechsel bereits möglich.

11. September 2019, 18.00 Uhr Abendveranstaltung
„Recht und Gerechtigkeit“

Magdeburg, Tagungsraum der Konrad-Adenauer-Stiftung, Franckestr. 1 (3. OG), 39104 Magdeburg mit Anne-Marie Keding (Ministerin für Gleichstellung und Justiz des Landes Sachsen-Anhalt); Albrecht Steinhäuser (Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung Sachsen-Anhalt), Dr. Franz Kadell (Journalist, Regierungssprecher a.D., ehemaliger Redakteur der Volksstimme)

Veranstaltungsnummer: B39-110919-2
Tagungsbüro: Anja Gutsche, E-Mail: anja.gutsche@kas.de, Tel.: 0391-520887101

13. September 2019, Tagesexkursion nach Leipzig mit Treff in Magdeburg
„Die friedliche Revolution 1989/90 und ihre Anfänge in Leipzig“

mit Besuch der Nikolaikirche, Besuch und Gespräch in der „Runden Ecke“; Stadtrundgang mit Gespräch u.v.a.m.

Veranstaltungsnummer: B39-130919-1
Tagungsbüro: Anja Gutsche, E-Mail: anja.gutsche@kas.de, Tel.: 0391-520887101

16. September 2019, 18.00 Uhr Abendveranstaltung
„Wie sicher ist Dessau“?

u.a. mit Holger Stahlknecht (Minister für Sport und Inneres des Landes Sachsen-Anhalt), Jens Kolze MdL; Kriminaloberrat Markus Benedix Umweltbundesamt, Deutsche Emissionshandelsstelle Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau

Veranstaltungsnummer: B39-160919-1
Tagungsbüro: Britta Drechsel, E-Mail: britta.drechsel@kas.de, Tel.: 0391-520887104

19. September 2019, 18.00 Uhr Festveranstaltung
„Die friedliche Revolution 1989 und der Prozess des Zusammenwachsens: Verdienste der

Menschen in Deutschland“

Magdeburg, Wallonerkirche, Wallonerberg 6 mit Holger Stahlknecht (Minister für Sport und Inneres des Landes Sachsen-Anhalt), Tino Sorge MdB, Tobias Krull MdL, Zeitzeugen und der Band Saxlust

Veranstaltungsnummer: B39-190919-1
Tagungsbüro: Anja Gutsche, E-Mail: anja.gutsche@kas.de, Tel.: 0391-520887101

20. September 2019, 17.00 Uhr Abendveranstaltung
„18. August 1976: Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz“

Zeitz, Volkshochschule, Domherrenstraße 1, 06712 Zeitz

mit Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs (Syddansk Universitet Odense, Dänemark)

Veranstaltungsnummer: B39-200919-1
Tagungsbüro: Anja Gutsche, E-Mail: anja.gutsche@kas.de, Tel.: 0391-520887101

26. September 2019, 18.00 Uhr Ausstellungseröffnung
„30 Jahre Friedliche Revolution“

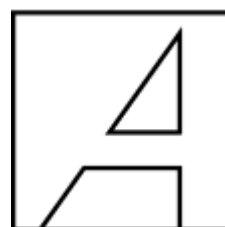
Magdeburg, Tagungsraum der Konrad-Adenauer-Stiftung, Franckestr. 1 (3. OG), 39104 Magdeburg mit Gino Kuhn (Künstler)

Veranstaltungsnummer: B39-260919-2
Tagungsbüro: Anja Gutsche, E-Mail: anja.gutsche@kas.de, Tel.: 0391-520887101

15. Oktober 2019, 18.00 Uhr Abendveranstaltung
„Wie sicher ist Bitterfeld“?

u.a. mit Holger Stahlknecht (Minister für Sport und Inneres des Landes Sachsen-Anhalt), Lars-Jörn Zimmer MdL, Matthias Król (Leiter Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld)

Veranstaltungsnummer: B39-151019-1
Tagungsbüro: Britta Drechsel, E-Mail: britta.drechsel@kas.de, Tel.: 0391-520887104



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Otto braucht eine Synagoge

So steht es auf einem Banner am geplanten Standort der Neuen Magdeburger Synagoge in der Julius Bremer Straße. Es gibt zahlreiche Partner die gemeinsam das Ziel verfolgen, mehr als 80 Jahre nach der Zerstörung der Magdeburger Synagoge einen Synagogenneubau in der Landeshauptstadt zu ermöglichen.

Darunter neben der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg auch der Förderverein Neue Synagoge Magdeburg. Dieser steht unter der Führung der Superintendentin i.R. Waltraut Zachhuber und des ehemaligen Landtagspräsidenten Dieter Steinecke. Dazu kommt ein Kuratorium, unter anderem besetzt mit Vertretern des Zentralrates der Juden, der Kirchen, der Landeshauptstadt Magdeburg, der beteiligten Ministerien sowie Mitgliedern der unterschiedlichen Landtagsfraktionen.

Der bisherige Standort der jüdischen Gemeinde in der Gröperstraße in Magdeburg ist für die heute benötigten Rahmenbedingungen bautechnisch nicht mehr geeignet, so dass die Gemeinde mit ihren rund 550 Mitgliedern bereits heute andere Räumlichkeiten in der Magdeburger Innenstadt auf Mietbasis nutzt.

Natürlich braucht die Realisierung eines solchen Vorhabens vor allem finanzielle Mittel, ein entsprechendes Grundstück und eine breite öffentliche Unterstützung.

Bezüglich der finanziellen Mittel sind vom Land insgesamt 2,8 Millionen Euro für die kommenden Jahre in den Landeshaushalt eingestellt. Dazu kommen weitere Eigenmittel der Synagogen-Gemeinde selbst. Der bereits erwähnte Förderverein wird sich ebenfalls finanziell beteiligen. Bereits seit vielen Jahren werden dazu unter anderem Benefizkonzerte veranstaltet, mittlerweile sind es fast 50 geworden. Darüber hinaus gibt es Beteiligungen an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen, wie der Meile der Demokratie, und zu anderen Anlässen, um auf das Projekt aufmerksam zu machen und Spenden zu sammeln. Dazu kommen immer wieder einzelne Spenden in größerem, aber auch kleinerem Umfang. Auch einige Nachkommen ehemaligen Magdeburgerinnen und Magdeburger mit jüdischem Glauben haben sich entsprechend beteiligt.

Das heißt, dass man bei der Finanzierung des Projektes auf einem guten Weg ist. Auch weil man von Seiten der Synagogen-Gemeinde ein Projekt unterstützt, das die Wünsche und die finanziellen Möglichkeiten in Einklang zueinander bringt. Dazu gehört nicht nur der Gebetsraum selbst sondern auch Schulungs- bzw. Seminarräume im benötigten Umfang. Arbeitsmöglichkeiten für den Rabbiner aber auch Räume in denen die Gemeindeglieder ihre religiösen Feste begehen können. Dazu gehört auch eine Küche, in der nach koscheren Regeln gekocht werden kann. Dazu

kommen weitere Einrichtungen wie eine Mikwe, ein jüdisches Ritualbad.

Da die Gemeinde nicht über den notwendigen fachlichen Sachverstand verfügt, wird ein Projektträger gesucht, der die Realisierung und Begleitung des Bauvorhabens übernimmt. Hierzu gibt es bereits konstruktive Gespräche. Ziel ist es, das Vorhaben möglichst im Jahr 2021 im Wesentlichen abgeschlossen zu haben. Das Gesamtvolumen des Vorhabens dürfte sich dann zwischen 3,5 und 4 Millionen Euro bewegen.

Bezüglich des Grundstücks gibt es bereits seit längerem einen Stadtratsbeschluss, dieses der Synagogen-Gemeinde kostenfrei für den Neubau zur Verfügung zu stellen. Die zeitlich befristeten Beschlüsse wurden immer wieder mit einer übergroßen Mehrheit im Stadtrat bestätigt bzw. die Zeiträume verlängert. Im nächsten Schritt muss jetzt die Übertragung an die jüdische Gemeinde bzw. den Projektträger erfolgen, damit die Bauvorbereitung erfolgen kann. Natürlich sind hier auch archäologische Voruntersuchungen notwendig. Da sich an dem Standort bereits einmal teilweise ein Verwaltungsbau aus DDR-Zeiten befand, der später abgerissen wurde, dürfte es hier wohl vermutlich weniger Probleme geben.

Manche stellen sich die Frage, ob der Neubau einer Synagoge in Magdeburg tatsächlich notwendig ist, wenn man sich die Altersstruktur der Gemeinde anschaut. Es ist ein Grundverständnis in der CDU, dass alle Religionsangehörigen angemessene Möglichkeiten haben sollten ihren Glauben friedlich zu praktizieren. Das ist unter den heutigen Rahmenbedingungen in Magdeburg nur eingeschränkt für die Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens möglich. Außerdem soll die Neue Synagoge natürlich auch ein Ort sein an dem Wissen über das Judentum vermittelt wird, und das nicht nur an Jüdinnen und Juden selbst. Gegenseitiges Verständnis und Kenntnisse der religiösen Hintergründe der jeweils anderen sind heute sehr wichtig, gerade weil es auch wieder antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt gab. Auch das erwähnte Banner wurde bereits mehrfach das Ziel unterschiedlicher Attacken, so dass es aktuell auch per Video überwacht werden muss.

Aus historischer Verantwortung und dem Willen, dass Menschen ihren jeweiligen Glauben friedlich ausüben können, ist für mich der Neubau einer Synagoge in Magdeburg nicht nur symbolisch, sondern auch ganz praktisch sehr wichtig. Auch deshalb arbeite ich im Vorstand des genannten Fördervereins mit. Weitere Unterstützung für das Vorhaben ist jederzeit willkommen.

Tobias Krull



Man wird doch wohl noch sagen dürfen...

Was gilt, was ist richtig, was darf man sagen?

Kommunikation war, technisch gesehen, noch nie so einfach, schnell und umfassend möglich, wie heute. Und doch scheinen mit diesem Fortschritt genauso viele Probleme gelöst zu sein wie neu geschaffen wurden. Ich bin froh über die vielen neuen Möglichkeiten, die es gibt. Freilich muss auch ich die Anstrengung unternehmen, zu sortieren, zu werten und ggf. einzelne „Angebote“ einfach abzulehnen. Der Wahrheit können wir allerdings oft einfacher und schneller näher kommen, als noch vor wenigen Jahren.

Anfangs war ich skeptisch ob der Artikel in WIKIPEDIA, bis ich eine Untersuchung las, dass im Standardnachschlagewerk Brockhaus Enzyklopädie mehr Fehler als in der freien Bibliothek WIKIPEDIA enthalten sind. WIKIPEDIA hatte und hat es offensichtlich geschafft, über eine Stiftung viele Tausende von freiwilligen Mitarbeitern anzuregen, Artikel zu schreiben und ständig zu verbessern. Besser wird es kaum gehen, gutes Wissen zu verbreiten.

Andere Medien setzen verstärkt auf Schnelligkeit, Verknappung und Zuspitzung, meist ohne jede Prüfung auf Wahrheit oder zumindest Plausibilität. Neben vielen unsinnigen, fälschen aber im Grunde harmlosen Einträgen stellen sie damit aber ohne Bedenken Werkzeuge einer Hexenküche von bewussten Falschmeldungen und Diffamierungen, ja sogar der Hetze zur Verfügung. Hier die richtige Abwägung von Meinungsfreiheit und Schutz vor Hetze und Diffamierung zu finden, ist schwierig. Der Bundestag ist nicht zu kritisieren, dass er sich mit dem Finden praktikabler Regeln schwertut. Sie müssen aber gefunden werden, wenn der demokratische Diskurs in einer freien Gesellschaft keinen Schaden nehmen soll.

Ich bin in einer Diktatur aufgewachsen. Viele Ältere von uns wissen noch, dass man in der ehemaligen DDR für einen politischen Witz ins Gefängnis kommen konnte. In meiner Schüler- und Studentenzeit war die Unterdrückung missliebiger Meinungen nicht mehr ganz so rigoros. Freilich stand die Gefahr eines Verweises von der Schule, des Versperrens einer gewünschten Ausbildung oder eines Studiums oder der Blockade der beruflichen Entwicklung immer im Raum. Es war aber nicht so, dass man nichts sagen konnte. Wenn man seine Worte wählte und etwas Zivilcourage hatte, konnte man durchaus „etwas sagen“. Viele, die dieses taten wurden in der Zeit der Wende zu Recht in die Parlamente gewählt und/oder in politische und gesellschaftliche Führungspositionen gewählt oder berufen. Heute wird von zu vielen schnell vergessen, dass in jeder Gesellschaft Zivilcourage gefordert ist. Anders wird es nicht gehen.

Die in unserem Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit kennt auch Grenzen. Die Meinungsfreiheit endet dort, wo sie missbraucht wird, um die verfassungsrechtliche Ordnung anzugreifen oder zu zerstören oder den Parlamentarismus zu untergraben.(1) So ist z.B. die "Auschwitz-Lüge" sogar strafrechtlich bewehrt. Die Holocaustleugnung fällt in Deutschland

strafrechtlich unter den Begriff „Volksverhetzung“ und wird gemäß § 130 Abs. 3 StGB gesetzlich geregelt. Demzufolge muss eine Person, die die Taten der Nationalsozialisten billigt, leugnet oder verharmlost, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe rechnen.

Unsere Sprache ist ein kostbares Gut. Wo die Sprache verroht, ist die Straftat nicht weit.(2)

Die Menschen sind verführbar, und deshalb muss es immer genügend Menschen geben, die diesen Verführern öffentlich widerstehen. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes wussten dieses nach der Diktaturerfahrung und setzten die Meinungsfreiheit (Artikel 5) unter die Bestimmungen des „Ewigkeitskataloges“, der auch mit Mehrheit in seinen Kernaussagen nicht veränderbar ist. Aber was passiert, wenn sich zu viele im Volk daran nicht mehr gebunden fühlen? Werden unsere rechtlichen und verfassungsrechtlichen Mittel für diesen Fall ausreichen? Wohl kaum, wie andere Länder zeigen, die drohen, sich leider zu „illiberalen Demokratien“ zu entwickeln. So warnte der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst Wolfgang Böckenförde (3): „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, dass er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Das sind seine vordemokratischen Grundlagen. Der demokratische Staat braucht also Träger von Werten, weil er selbst diese Werte auf Dauer nur wertschätzen lassen kann, wenn seine Bürger es auch wollen. Deshalb schreiben die Parteien ihre Programme, aber die Kirchen müssen das Fundament legen, auf dem diese Programme überhaupt nur Bestand haben können. Und deshalb werden immer couragierte Menschen gebraucht. Anders wird es nicht gehen.

„Man wird doch wohl noch sagen dürfen... „ Selbstverständlich! Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir uns so frei äußern dürfen, wie es in der deutschen Geschichte bisher kaum möglich gewesen ist. Freilich wird es nie eine Gesellschaft geben, die ohne genügend mutige Menschen auskommt, die bereit sind, die Wahrheit zu sagen, für sie einzustehen und sie gegen ihre Feinde und Verächtlichmacher zu verteidigen.

Jürgen Scharf

(1) Sinngemäß nach Alexander Dobrindt in der Bundestagsdebatte „70 Jahre Grundgesetz“ am 16. Mai 2019, zitiert aus Das Parlament Nr. 21-23 vom 20. Mai 2019

(2) Sinngemäß Thomas Rachel, EAK-Bundestagspräsident, auf der 52. EAK-Bundestagung am 19.6.2019 in Dortmund

(3) https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst-Wolfgang_B%C3%B6ckenf%C3%B6rde

Kinderliteraturtip

Die Menschenrechte der Vereinten Nationen – vereinfacht und pointiert dargestellt als abstrahiertes Pop-up-Bilderbuch; nicht nur für Kinder.

Jean-Marc Fiess
 Frei und gleich geboren. Die Menschenrechte
 Frankfurt/M.: S. Fischer, 2017
 Kategorie: Pop-up-Bilderbuch
 ISBN: 978-3-7373-5543-8
 Preis: 15,00 €, 18 Seiten
 ab 6 Jahren



Es mag eins der grundlegendsten Dokumente der Menschheit sein, die UN-Menschenrechte, die in einer Charta von 30 Artikeln verfasst, auf den Punkt bringen, was als Minimalanspruch an das Leben eine Menschen auf dieser Erde zu formulieren ist. Diese Texte werden im vorliegenden Bilderbuch thematisiert. Dort sind die Thesen der UN aufgegriffen, reduziert und verbunden zu sieben Aussagen, die pointiert aber keinesfalls banal die wesentlichen Rechte auf den Punkt bringen. Da steht zum Beispiel „Wir sind frei und gleich geboren.“ und „Wir dürfen unseren Aufenthaltsort frei wählen.“ Was selbstverständlich klingt, wirft bei genauerem Hinsehen viele Fragen auf und sofort werden Bezüge zu aktuellen Entwicklungen deutlich, die genau diese Rechte in Frage stellen. Da muss der Blick nicht weit schweifen, auch in unmittelbarer Nähe werden diese Rechte hinterfragt und diskutiert – mitunter auch ausgehöhlt und ignoriert. Im vorliegenden Pop-up-Bilderbuch steht jede Aussage auf einer der kleinformativen Doppelseiten. Beim Aufklappen erstehen aus den weißen Kartonseiten einfache und reduzierte 3D-Konstruktionen, die eine fast symbolisch aufgeladene Szene zeigen, auf die das genannte Menschenrecht rekurriert. Diese deuten lediglich an, was weiterzudenken Aufgabe des Betrachters ist. So wird dem Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes ein Mensch vor einer Schranke an die Seite gestellt, ein deutliches Zeichen für Grenzziehungen und exkludierende Territorialpolitik. Mitunter sind die Konstruktionen auch offener und abstrakter gehalten, zum Beispiel ein durchbrochener Buchstabenwürfel beim Recht auf Bildung.

Das vorliegende Buch inszeniert auf spannende, ästhetisch und handwerklich ausgezeichnete und anspruchsvolle Weise eine Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Dokumente der Menschheit. Die Vereinfachung führt nicht zu Versimpelung und Trivialisierung, vielmehr entstehen Spielräume, die abstrakten Rechte mit eigenen Erfahrungen in Verbindung zu bringen und zu diskutieren. Dazu regen die offenen Gebilde an – nicht nur Kindern sehr zu empfehlen.

Prof. Dr. Michael Ritter

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte:

Dr. Uwe Heuck, Tobias Krull MdL, Alexandra Mehnert, Prof. Dr. Michael Ritter, Jürgen Scharf, Sven Schulze MdEP, Stephen Gerhard Stehli

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: August 2019

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.